

Streit der Hochschulen immer kurioser: Erichsen wettert, Fouquet rudert zurück

KIEL – In Kiel wird auch Tage nach der Entscheidung zur Rettung der Uni Lübeck weiter erbittert über die Hochschulpolitik gestritten. Das sorgt für böse Schlagzeilen: „Die Rettung der Uni Lübeck beschädigt die Wissenschaft“, titelte gestern zum Beispiel das „Flensburger Tageblatt“ unter Berufung auf den Münsteraner Professor Hans-Uwe Erichsen. Erichsen hatte 2003 als Leiter einer Kommission im Auftrag der Landesregierung die Hochschullandschaft Schleswig-Holsteins untersucht.

Seine Empfehlung damals: Sowohl am Standort Lübeck als auch am Standort Kiel sollten teure Medizinstudienplätze abgebaut werden. Für die Ausbildung von Ingenieuren, Lehrern oder Juristen würde das Geld hingegen fehlen. Dieses Grundübel werde durch die Art und Weise der Rettung der Uni Lübeck nicht behoben, sondern verfestigt. Er glaube auch kaum, dass der Rettungsschirm des Bundes dauerhaft hilft. Die Vorschläge von CDU-Wissenschaftsminister Jost de Jager seien ohnehin nicht richtig durchdacht. So werde auch das Geomar in Kiel durch den geplanten Wechsel von der Leibniz- zur Helmholtz-Gemeinschaft „wissenschaftlich beschädigt“.

Widerspruch kommt von den Grünen. „Erichsen hat seine Erkenntnisse 2003 zu Zeiten einer

„Die Rettung der Uni Lübeck beschädigt die Wissenschaft“

Experten sahen schlimme Folgen für das Geomar und die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein voraus

KIEL Die Rettung des Medizinstudiengangs an der Uni Lübeck wurde als Erfolgsgeschichte gepriesen. Gut mög-

lich, auf Dauer hilft“, sagte Erichsen unserer Zeitung. Auch der vom Bund gewählte Ausschuss für die Medi-

„Niß geschehen ist nichts“, beklagt Erichsen. Letztlich habe das Land sich selbst in die missliche Lage manövriert. Minister erst ein schlüssiges

Inzwischen haben auch Oppositionspolitiker nachgerechnet, was der Deal mit Bundesforschungsministerin Annette Schavan dem Land tat-

Schadet die Uni-Rettung in Lübeck tatsächlich der Wissenschaft? So teilte das „Flensburger Tageblatt“ jedenfalls gestern.

Ärztenschwemme gewonnen. Heute haben wir aber einen Ärztemangel“, betont deren Finanzexpertin Monika Heindl. Da habe es keinen Sinn mehr, Studienplätze abzubauen. Es könne nur noch darum gehen, die Kosten für die teure Medizinerausbildung gleichmäßig auf alle Bundesländer zu verteilen. Ob Schleswig-Holstein vom Bund dauerhaft die 25 Millionen Euro für die Finanzierung der Lübecker Mediziner-Uni bekommt, daran hegt allerdings auch die Grüne erhebliche Zweifel. „Bisher steht lediglich fest, dass etwa 12,5 Millionen Euro zusätzlich aus Bundesmitteln zusammenkommen.“ Alles andere sei nur sehr vage für die Zukunft vorgesehen.

Derweil scheinen sich auch die von Kiels Uni-Präsident Gerhard Fouquet vorgebrachten Befürchtungen, Geomar könnte durch einen Wechsel zur Helmholtz-Gemeinschaft Nachteile erleiden (es

geht vor allem um Geld von der Deutschen Forschungsgemeinschaft), aufzulösen. In einem Brief an Fouquet kündigt de Jager an, dass das Bundesforschungsministerium eine Arbeitsgruppe einrichten wird, an der Uni, Kieler Wissenschaftsministerium, die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie die Leibniz- und die Helmholtz-Gemeinschaft beteiligt sein werden. Dort sollen Lösungen erarbeitet werden, wie das Geomar trotzdem an Forschungsgeldern kommen kann. Außerdem sollen die Geomar-Professoren weiter im bisherigen Umfang an der Uni unterrichten dürfen und müssen. „Es könnte von Vorteil für alle sein“, so Fouquet gestern. Tage zuvor hatte er noch gewarnt, durch den Rettungsplan für die Uni Lübeck könnte der Schaden für die Uni Kiel größer werden, als der in Lübeck bei einer Schließung der Mediziner-Ausbildung. wh